



EXPERTENDÄMMERUNG.....

Grenzen der Wirtschaftswissenschaft

Grenzen der Wirtschaftspolitik

(Nach der Tonbandaufzeichnung)

Prof. Horst KNAPP

Chefredakteur

Herausgeber der

Finanznachrichten

Die letzte Stimme, die man hört, bevor die Welt explodiert, wird die Stimme eines Experten sein, der sagt: Das ist technisch unmöglich. So pointiert formuliert ist das natürlich eine typische Peter Ustinov Pointe. Doch schießt sie wirklich so meilenweit übers Ziel? Trotz eines Auditoriums und eines Anlasses, die beide die Verifizierung oder Falsifizierung der mit solchen Aphorismen dokumentierten Expertendämmerung in ganz anderen Bereichen erfordern würden, vermag ich das Thema nur anhand des Spezialfalles Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik abzuhandeln. Insofern mögen Absolventen des Wirtschaftsingenieurstudiums, das sich mit gutem Grund im ökonomischen Fall auf die Betriebswirtschaftslehre konzentriert, nicht zu den unmittelbar Betroffenen zählen. Zu den mittelbar Betroffenen aber zählt jeder von uns, wenn sich eine Wachstumsprognose und nicht bloß diese, sondern auch ein auf ihr beruhender Budgetvorschlag oder eine auf dieser Prognose basierende Lohnrunde als so realitätsfern erweist, wie die ursprünglich für 1975 erstellte.

Prof. Friedrich Lutz, selbst Nationalökonom, hat unter dem Eindruck dieses übrigens praktisch weltweiten Prognosedebakels erklärt: Wissenschaftler, die sich auf das Glatteis der Prognose wagen und bei diesem Vorhaben ausrutschen, setzen normalerweise ihren Ruf, ihre wissenschaftliche Autorität aufs Spiel. Vor dieser Regel ist nur eine Berufskategorie ausgenommen, nämlich die der Nationalökonomien. Sie können es sich leisten, ohne Schaden an ihrer

Glaubwürdigkeit zu nehmen, jede Menge von Fehlprognosen zu produzieren. Die Wirtschaftssubjekte sind so begierig nach Voraussagen, daß ihre Qualität kaum ins Gewicht fällt. Ich zweifle ernsthaft an der Richtigkeit dieser doch etwas kühnen These. Ungestraft dürfte der Nationalökonomie bestimmt nicht ein drittes Mal das Mißgeschick unterlaufen, daß ihr das gerade zur Prognose übliche Nichterkennen eines unmittelbar bevorstehenden Wendepunktes der Konjunktur auch bei einer so dramatischen Konjunkturwende wie beim Absturz von einer erstmals praktisch weltweiten Hochkonjunktur in die ebenfalls praktisch weltweite Depression 1974/75 passiert, ein Absturz, der von den Experten ebensowenig vorausgeahnt wurde wie 1929 die bevorstehende Wirtschaftskrise, obwohl es diesmal an Warnsignalen, wie insbesondere den Zusammenbruch der Weltwährungsordnung und der Erdölkrise nicht gefehlt hatte.

Zur Entschuldigung der Wirtschaftswissenschaftler, die falsche Prognosen erstellen, und Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftspraktiker, die sich auf diese Prognosen verlassen und falsch disponiert haben, läßt sich eine stattliche Reihe von Gründen anführen, insbesondere die Tatsache, daß abseits der Konjunkturwendepunkte, also in der Aufschwungphase oder der bisher regelmäßig kurzen Abschwungphase, die Performance der Prognostiker gar nicht übel gewesen ist.

Da in den ersten 30 Nachkriegsjahren zumindest in Europa markante Konjunkturerinbrüche und demgemäß prognostisch verfehlt Wendepunkte selten waren, würde eine Gegenüberstellung der prognostizierten und der realisierten Wachstumsraten für die weitaus meisten Jahre eine hohe positive Korrelation zeigen, was unschwer das Vertrauen erklärt, das sich die Nationalökonomie in ihrer Funktion oder vielleicht Teilfunktion als prognostische Wissenschaft erworben hat.

Dieses Vertrauen und wohl auch das Selbstvertrauen der Prognostiker hat 1974/75 einen argen Kratzer abbekommen. Heute hat die Lacher auf seiner Seite, wer den Ausspruch Prof. Viktor Weißkopfs: "Vorhersagen sind schwierig, besonders wenn sie sich auf die Zukunft beziehen", zitiert oder wer bissig bemerkt: "Wie es weitergehen soll, wissen wir alle nicht; die es am genauesten nicht wissen, erstellten Prognosen, bei denen die Dezimalstelle hinter dem Komma darüber hinweg täuschen soll, daß sogar das Vorzeichen ungewiß ist!"

Daher ist vielleicht gerade vor Technikern eine warnende Nebenbemerkung am Platz. Mathematisch exakt und ökonomisch richtig ist zweierlei, nichts gegen die zunehmende Mathematisierung der Wirtschaftswissenschaft, nur dürfen wir nie der Verlockung erliegen eine Prognose oder auch nur eine Diagnose eines Zusammenhanges bloß deshalb für gesichert zu erachten, weil sie das Resultat eines technisch perfekten Computermodells ist.

Der erbitterte Fachstreit etwa, den die Ressourcen-Schätzungen des berühmten 1. Weltmodells des Clubs von Rom ausgelöst haben, wird zu einem Streit um des Kaisers Bart, wenn man sich die geringe Mühe macht, mit Hilfe der Summenformel so eine geometrische Reihe auszurechnen, um wieviele Jahre der von Meadows u. Forrester an die Wand gemalte Weltuntergang hinausgeschoben würde, wenn sich die Weltvorräte an Rohstoffen, Energie, selbst um eine volle Zahnerpotenz größer erweisen sollten, als im Computermodell angenommen. Bei einem weiteren beispielsweise jährlich 6 %-igem Anstieg des Weltverbrauchs liegt das Resultat, nämlich die zusätzliche Galgenfrist bei den meisten knappen Ressourcen, bei bloß etwa 39 Jahren. Mit anderen Worten selbst eine Verzehnfachung des Proviants des Raumschiffs Erde, verlängert die Überlebenschance seiner rapide wachsenden Besatzung nur um eine einzige Generation.

Doch von diesem kleinen Exkurs zu den Vor- und Nachteilen einer Mathematisierung der Nationalökonomie, zurück zum aktuellen Prognosedebakel. Haben sich denn nur die Schranken der Prognostizierbarkeit zukünftiger Entwicklungen als höher erwiesen als wir jahrzehntelang anzunehmen bereit waren, oder stößt die Nationalökonomie nicht auch in den übrigen beiden Anwendungsbereichen ihrer Kunst unvermutbar an Grenzen, nämlich in der Diagnose des Istzustandes und nicht zuletzt in der Therapie.

Auch die Diagnoseunsicherheit läßt sich besonders gut am letzten Wirtschaftsrückschlag, dem schwersten seit 40 Jahren, demonstrieren. Mit Absicht gebrauche ich hier den höchst unwissenschaftlichen Ausdruck Wirtschaftsrückschlag, denn noch ist es keineswegs ausgemacht, daß das, was sich 1974/75 abgespielt hat, ausschließlich ein Konjunkturrückschlag war. Aber das zu behaupten, könnte eigentlich kein Experte wagen, der fortan ernstgenommen werden will, denn selbst eine ausschließlich konjunkturelle Interpretation des Wirtschaftsverlaufs in der jüngsten Zeit, je nach Geschmack Rezession oder Depression, dürfte an einem ganz entscheidenden Widerspruch zum klassischen Konkunkturmodell nicht vorübergehen. Daß die Preise und die Löhne nicht etwa gesunken, sondern weiter und vielfach sogar beschleunigt, gestiegen sind,

diese Tatsache tangiert im Erscheinen sowohl die diagnostische wie die therapeutische Fähigkeit der Nationalökonomie.

Wie hat den die Entwicklung in der Praxis ausgesehen? Als sich das Tempo der Inflation 1972/73 überall zu beschleunigen begann und als vollends 1973/74 die Vervielfachung des Ölpreises und die starke Verteuerung der Importrohstoffe Inflationsraten bewirkten, wie es in den meisten Ländern nur in Kriegs- und Nachkriegszeiten zu verzeichnen gewesen war, kamen, wenn auch vielfach verspätet und auf den monetären Bereich beschränkt, die klassischen Instrumente der Restriktionspolitik zum Einsatz, d.h. der Kredit wurde verknappt und verteuert. Aber allenthalben hat sich diese Stabilisierungspolitik als Fehlschlag erwiesen, denn statt der Inflationsrate ging die Wachstumsrate zurück und statt Währungsstabilität wurde Arbeitslosigkeit produziert, dies sogar in einem zumindest subjektiv so hohem Ausmaß, daß nahezu überall von Restriktion wieder auf Expansion geschaltet wurde, noch ehe das Inflations-tempo spürbar verringert worden war.

Jetzt aber ist es hoch an der Zeit, den roten Faden dort wieder aufzunehmen, wo er uns entglitten ist, nämlich bei der Frage, ob das was sich in nahezu allen Industrieländern 1974/75 abgespielt hat, wirklich ausschließlich ein Konjunkturrückschlag war, woran sich auch unter berufeneren Vertretern des national-ökonomischen Metiers, als ich einer bin, die Zweifel zu mehren beginnen. In diesem Zusammenhang muß ich jedoch die Wirtschaftswissenschaft vor jenem Vorwurf in Schutz nehmen, den am hübschesten Winston Churchill mit seinem oft zitierten Ausspruch formuliert hat: "Wenn ich 10 Ökonomen um Rat frage, bekomme ich 11 Meinungen zu hören, davon 2 von Mr. Keynes." Ob der Wirtschaftsrückschlag 1974/75 ausschließlich ein konjunkturelles Phänomen war odersich was ich für wahrscheinlicher halte, ein konjunktureller Rückschlag und ein konjunkturunabhängiger Knick im langfristigen Wachstumstrend kumuliert haben, läßt sich nicht durch eine noch so eingehende theoretische Diskussion entscheiden. Eine Bestätigung der einen oder anderen Diagnose kann erst der weitere Verlauf der Entwicklung bringen.

Kommt es im jetzigen Aufschwung zu so hohen Wachstumsraten wie in den Aufschwungsphasen nach früheren Nachkriegsrezessionen?

Hält dieser Aufschwung eben so lange an, und erweist sich der nächste Konjunkturreinbruch als eine bloße Minirezession?

Dann, aber erst dann kann mit Fug und Recht gesagt werden, daß der Wirtschafts-

rückgang 1974/75 nichts anderes als ein zufällig heftiger als sonst ausgefallener Konkurrtrückschlag war. Endgültiges werden wir solcher Art erst in etwa 5 Jahren wissen, denn ungefähr so lange pflegen seit Kriegsende normale Konjunkturzyklen zu dauern. Anders als der Physiker oder Techniker hat ja der Nationalökonom keinerlei Möglichkeit durch ein Experiment oder im Modell zu beweisen, daß seine Hypothese richtig ist. Könnte somit die konventionelle Erklärung des letzten Rückschlages rein konjunkturell bedingt, erst nach Abschluß des neuen Konjunkturzyklus endgültig verifiziert oder falsifiziert werden, so gilt es natürlich gleichermaßen für die alternative Hypothese, daß sich 1974/75 oder vielleicht auch schon einige Jahre früher, doch damals überdeckt durch einen inflationären Treibhauseffekt, mehr geändert habe als die konjunkturelle Wetterlage.

Diese alternative Hypothese präsentiert sich in zwei Varianten. Die eine hält es für denkbar, daß wir in ein Wellental des sogenannten Kontratiw-Zyklus geraten sind, in eine von diesen langfristigen - nämlich 50 - 70-jährigen Wellen der Wirtschaftsentwicklung, wie sie von großen technischen Erfindungen und den durch sie bewirkten Innovationen ausgelöst werden. Demnach wäre der jetzt zu Ende gegangene Kontratiw-Zyklus insbesondere vom Automobil und von der Entwicklung der Elektrotechnik getragen gewesen. Die andere Variante der Alternativhypothese zur ausschließlich konjunkturellen Interpretation des letzten Rückschlages operiert mit der Vorstellung, eines historisch einmaligen Wachstumsschubs im dritten Viertel dieses Jahrhunderts, ausgelöst durch den Wiederaufbaubedarf, vorangetragen durch den Trend zur Massenproduktion von Erzeugnissen, mit durch raschen Mode- und Modellwechsel forcierten Verschleiß und nicht unwesentlich erleichtert durch das reiche Angebot an billiger Energie, das die Potenzierung der menschlichen Energie durch maschinelle Leistung begünstigte. In dieser Sicht würde sich das exponentiell scheinende Wachstum der letzten etwa 25 Jahre als das Steilstück einer S-förmigen Kurve erweisen, die sich nach dem vermutlich bereits passiertten oberen Wendepunkt wieder abzuflachen beginnt. Dies ist hier nicht der Ort diese Theorien an Details darzulegen, die Annahme eines S-förmigen Verlaufes der Wachstumskurve würde jedenfalls bedeuten, daß die jährliche Zunahme des per capita Nationalprodukts, die im Zeitraum vom Einsetzen der Industrialisierung bis zum Ende des 2. Weltkrieges nur 1 - 2 % betragen hatte, die jährliche Reallohnsteigerung war sogar noch niedriger, in Großbritannien zwischen den napoleonischen Kriegen und dem Jahr 1900 durchschnittlich 0.94 %, in den USA zwischen 1791 und 1900 im

Mittel 0.90 %, in Deutschland von 1820 - 1900 durchschnittlich 0.83 %, im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts vorübergehend auf 4 - 5 %, etwa in Österreich im Zeitraum 55 - 74 auf 4.83 % hinaufgeschneit ist und daß sie noch im Laufe dieses Jahrhunderts nach und nach wieder auf etwa die Hälfte absinken wird, wobei sich der dann noch immer verbleibende Abstand zu den früheren 1 - 2 % daraus erklären würde, daß die Wachstumsrate des gesamten Bruttonationalprodukts auch damals etwa 2,5 % betragen hatte, die Kopfquote jedoch durch das rasche Bevölkerungswachstum dezimiert wurde.

Das war eine weite Abschweifung vom Thema, aber vielleicht doch keine entbehrlich weite, resultiert doch aus jeder theoretischen Annahme eine völlig andere Mittelfrist- und Langzeitprognose. Wer die These von der ausschließlich konjunkturellen Erklärung des letzten Rückschlages bis zur letzten Konsequenz vertritt, müßte also erstens auf einen besonders kräftigen Konjunkturaufschwung schließen, denn ohne einen solchen könnte nach dem schweren Einbruch der alte Wachstumspfad nicht wieder erreicht werden. Er müßte aber zweitens aus der Deutung des letzten Rückschlages als reines Konjunkturphänomen auch den Schluß ziehen, daß sich die Amplitude der Konjunkturwellen gewaltig vergrößert hat, in Österreich beispielsweise auf das etwa 2,5-fache früherer Jahresabweichungen vom langfristigen Wachstumstrend und dies trotz voller Anwendung des Keynes'schen Instrumentariums, von dem wir uns die weitestgehende Glättung der Konjunkturbewegungen erhofft hatten.

Ganz anders der Anhänger der Kontratielhypothese. Für ihn müßte die Lehre aus der mit den heftigen Konjunkturrückschlag eingeleiteten Wachstumsverlangsamung, konsequenter Weise eine Forcierung der Strukturpolitik, der Investitionspolitik und insbesondere der Forschungspolitik sein, damit möglichst bald ein neuer Innovationsprozeß in Gang gesetzt wird, für den sich der Übergang von der Elektrotechnik zur Elektronik, die Erschließung neuer Energiequellen, die Verbesserung der Recyclingtechniken und allgemein die Umweltsanierung anbieten. Wieder völlig anders werden sich Prognose und Therapie aus der Sicht des Ökonomen ausnehmen, der eine nachhaltige Wachstumsverlangsamung für unabwendbar, wenn auch für existenziell notwendig hält. Jeder Versuch einer forcierten Wachstumsbeschleunigung stellt sich unter diesem Aspekt nicht nur als ein sinnloses Schwimmen gegen den Strom, sondern als unverantwortliche Verteilung der vielleicht kurzen Zeitspanne der, die uns noch für den wirtschaftlichen und vor allem für den politisch-psychologischen Entwöhnungsprozeß bleibt, für einen Prozeß der Entwöhnung von Maxi-

wachstum, vom Rekordanstieg des Massenwohlstandes, vom sozialen Fortschritt in Siebenmeilenstiefeln, vom Anspruchsdanken der Gefälligkeitsdemokratie schlechthin. Die Diagnose und Sicherheit der Nationalökonomie dargestellt anhand einiger denkbarer Interpretationsmöglichkeiten des letzten Wirtschaftsrückschlages und der daraus resultierenden Prognose- und Therapievarianten, zeigt vielleicht noch deutlicher als ihr prognostisches Versagen im letzten Abschwung, die Grenzen der Wirtschaftswissenschaft.

Erwiesen hat sich in dieser Phase aber auch, daß der Wirtschaftspolitik engere Grenzen gezogen sind, als wir gerne wahrhaben möchten. Nicht darstellen will ich diese Grenzen anhand des sich aufdrängenden Paradebeispiels, der Kapitulation der Wirtschaftspolitik vor der Inflation. Kaum tauglich erscheint mir dieses Beispiel nämlich an einem Referat mit dem Titel: "Expertendämmerung". Denn versagt hat in puncto Erhaltung der Währungsstabilität nicht die Wirtschaftswissenschaft, sondern eindeutig die Wirtschaftspolitik, zumal in ihr der Ton immer deutlich auf Politik liegt.

Angesichts von Inflationsraten, die außer in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten, auch nach der schwersten Depression der Nachkriegszeit, weit jenseits dessen liegen, was man unter Nachsicht aller Taxen gerade noch Währungsstabilität nennen könnte, so zu tun als habe die Wirtschaftswissenschaft vor der Aufgabe resigniert, heißt Ausreden gebrauchen.

Es mag konkrete Situationen geben, in denen die Experten nicht zu einem Konsens hinsichtlich der optimalen Stabilitätspolitik gelangen. So etwa ist es durchaus denkbar, daß sich manche Fachleute mehr von der Geldmengenbegrenzung und andere mehr von einer koordinierten Einkommenspolitik erwarten, aber das wahre Übel liegt darin, daß sich die Wirtschaftspolitik von der Wirtschaftswissenschaft eine schmerzlose Inflationstherapie erhofft und eine solche haben höchstens Scharlatane aber nicht Nationalökonomien anzubieten. Wenn also die Wirtschaftspolitik bei der Bekämpfung der Inflation und leider auch schon bei ihrer Vermeidung auf Grenzen stößt, dann sind das bei aller Unvollkommenheit und Widersprüchlichkeit der theoretischen Inflationserklärung nicht so sehr Grenzen des Wissens als Grenzen des Wollens.

Solange wir hinsichtlich des Perfektionsgrades der Vollbeschäftigung immer anspruchsvoller werden, hinsichtlich des Perfektionsgrades der Währungsstabilität aber immer anspruchsloser, kurz, wenn uns der Anstieg der Arbeitslosenrate auf 2,0 % im Jahre 1975 mehr aufregt, als der Anstieg der Inflationsrate auf 8,4 %, haben wir es uns selbst zuzuschreiben, wenn sich die Wirt-

schaftspolitik der meisten Länder in puncto Stabilität nicht eben mit Ruhm bekleckert. Die beste Medizin hilft nichts, wenn sie der Patient nicht annimmt, weil er sie zu bitter findet. Wie aber, wenn eine Arznei die ihr zugeschriebene Wirkung selbst dann nur begrenzt zeigt, wenn der Patient die Medizinflasche bis zum letzten Tropfen leert, - gemeint ist das staatliche "Defizit Spending" als angeblich todsicheres Mittel gegen Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit. Hier hat die Expertendämmerung wohl am schlimmsten eingesetzt, denn eines müßte uns der Einsatz der Budgetpolitik zur Kompensierung eines kräftigen Rückganges der privaten Nachfrage aus dem In- und Ausland klargemacht haben. Die Talfahrt konnte nur gebremst aber nicht oberhalb der Nullgrenze des Wirtschaftswachstums gestoppt werden, nicht einmal in Ländern wie Österreich, wo man rechtzeitig und mit voller Kraft auf das Gaspedal gestiegen ist. Das ist aber nur die eine Hälfte der bitteren Wahrheit, die zweite und noch viel peinlichere Hälfte ist die Erkenntnis, daß der volle Erfolg ausgeblieben ist, obwohl der Staat in dieser ersten Feuerprobe der antizyklischen Budgetpolitik seine Munition sozusagen bis zur letzten Patrone verschossen hat und möglicherweise außer Stande sein wird, rechtzeitig vor der nächsten Rezession wieder ein genügend großes Munitionslager anzulegen.

Nennenswerte Reserven konnte der österreichische Staat nicht einmal in der bisher längsten von 1968 - 1974 dauernden Aufschwungsperiode ansammeln, also geht es um die Rückzahlung der zur Finanzierung der Budgetdefizite in den Jahren 1975 und 1976 aufgenommenen oder noch aufzunehmenden Kredite und Anleihen, durch die sich die Finanzschulden des Bundes um etwa 60 Milliarden S vergrößert haben werden. An die Keynes'sche Rezeptur im Aufschwung Budgetüberschüsse zur Tilgung der an der Depression edegangenen Schulden anzusammeln, ist nicht zu denken. Das einzige, woran gedacht werden kann und gedacht werden muß, damit in der nächsten Rezession der Staat wieder so viel Mut zum Schulden machen zeigen kann, ist der Abbau des heurigen mindestens 40 Milliarden Defizits auf jene etwa 15 Milliarden, die die laufende Schuldentilgung künftig erfordern wird, oder ganz simpel: im Laufe des Aufschwunges müßten wir es soweit bringen, daß der Staat am Höhepunkt der Konjunktur und damit der Staatseinnahmen nicht mehr an neuen Krediten aufnehmen muß, als er an alten Krediten zurückzahlt.

Finanzwissenschaftlich ist das ein Minimalprogramm, finanzpolitisch schon nach dem ersten Einsatz des Instruments der Defizit Ausgaben zur Bekämpfung eines ernsthaften Wirtschaftsrückschlages ist es eine Sisyphusarbeit. Es müßten nämlich entweder von den vielleicht 70 Milliarden, um die die Staatseinnahmen bis zum Konjunkturröhepunkt - voraussichtlich 1979 - steigen werden, ca. 25 Milliarden statt zur Ausgabenausweitung zur Defizitvermindert verwendet

werden. Falsch wäre auch jedes Verkennen der Konsequenzen des Defizitabbaues. Die beiden unmittelbaren Konsequenzen können hier nur angedeutet werden. Erstens, daß, wenn eine Defizitvergrößerung konjunkturbelebend wirkt, eine Defizitverminderung selbstverständlich konjunkturdämpfend wirken muß. Zweitens, daß ein Defizitabbau im Wege von Steuer und Tarifierhöhungen die Einkommenspolitik erschwert und der Kosteninflation in einer Phase Auftrieb gibt, in der nicht trotz, sondern wegen des Konjunkturaufstieges eine kosteninflationistisch bedingte Teuerung hätte geringer werden können. Noch ernster sind die mittelbaren Konsequenzen. Spielt sich ein budgetpolitisches Muster von der Art ein, daß im Konjunkturabschwung die Staatseinnahmen den höheren Aufgabenniveau angepaßt werden, muß die Steuerbelastungsquote des Bruttonationalprodukts von Zyklus zu Zyklus wachsen. Wie lange aber kann dieser Prozeß anhalten falls es in Zukunft nicht in 40-jährigen sondern vielleicht in 4-jährigen Abständen zu tieferen Konjunktüreintrüben kommt?

Und noch eine letzte Überlegung - wie nimmt sich im Lichte dieser Entwicklung die bisher von manchen Wirtschaftswissenschaftlern und vielen Wirtschaftspolitikern gehegte Hoffnung aus, mit vermehrten Staatsausgaben nicht bloß einer vorübergehenden Konjunkturschwäche, sondern auch der nachhaltigen Wachstumsverlangsamung wirksam begegnen zu können. Genau das ist aber die Ratio der neuen Budgetdoktrin des österreichischen Finanzministers, wenn von der Absicht die Rede ist, daß Nettodefizit und damit den jährlichen Nettozuwachs der Staatsschuld auf der in der Rezession erreichten Rekordhöhe von 30 - 35 Milliarden zu stabilisieren. Das ist mehr als die Kapitulation vor der politischen Realität, die anscheinend ausschließt, daß selbst mit kräftigen Paukenschlägen nicht mehr erreicht wird, als die Rückkehr zu einem halbwegs parallelen Anstieg von Staatsausgaben und Staatseinnahmen, weil sich 3 Jahre lang, und damit doppelt so lange wie die Abschwungphase gedauert hat, Ausgaben und Einnahmen immer weiter auseinander entwickelt hatten. Vielmehr ist, wenn man dem Finanzminister glauben darf, der offen deklarierte Übergang zum Terminal-Deficit-Spending Ausdruck der Befürchtung, daß ohne eine alljährliche Neuverschuldung des Staates im Ausmaß dieser 30 bis 35 Milliarden, aus den Perioden eines besonders kräftigen Booms, die Kreditnachfrage hinter dem Ersparnisangebot bedenklich zurückbliebe, so daß eine die Vollbeschäftigung unmöglich machende deflatorische Lücke entstünde.

Es ist nicht der Platz den Nachweis dafür zu erbringen, daß die Idee der sogenannten kompensatorischen Finanzpolitik, also der Ausgleich wirklicher

oder vermeintlicher Nachfragerücken durch Budgetdefizite selbst bei relativ guter Konjunktur und absolut hoher Inflation irrational wird, sobald es im jährlichen Nettodefizit an der Größenordnung von 4 - 5 % des Bruttonationalprodukts geht, wenn also rapider Anstieg der Staatsschuld binnen weniger Jahre das Budget inflexibel machen und ein fast unlösbares Verteilungsproblem schaffen würde, müßten doch in zunehmendem Maße Steuergelder von relativ Armen für Zinsenzahlungen an relativ Reiche verwendet werden, es sei denn, der Staat finanziere sein 30 Milliarden Nettodefizit direkt über die Notenbank, was aber der sicherste Weg von der trabenden Inflation in eine galoppierende wäre.

Nach einer Phase der Überschätzung der diagnostischen und vor allem der prognostischen Fähigkeiten der Wirtschaftswissenschaft und der Machbarkeit des Wirtschaftsablaufs hat sich jetzt die überfällige Expertendämmerung abgespielt. Was wir alle, die wir mit dem Anspruch auftreten über ökonomische Entwicklungen und deren Gestaltungsfähigkeit ein fachmännisches Urteil abzugeben, jetzt wieder lernen müssen, ist wohl Demut. Jene Demut des echten Wissenschafters, die ein großer Biologe in den weisen Ausspruch gekleidet hat: "Die Wahrheit von heute ist ein Irrtum von morgen."